Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7745.

Telephon Nr. 451.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Nr. 79. Montag, den 4. April 1898. 9. Jahrgang.

Im Namen des Königs! In der Strafsache gegen den Redacteur Emil Neukirch aus Breslau, am 16. Juni 1871 in Ratibor geboren, freireligiös, vorbestraft, wegen Beleidigung, hat die 1. Strafkammer des Königlichen Landgerichts zu Breslau in der Sitzung vom 23. December 1897 für Recht erkannt: Der Angeklagte Emil Neukirch wird wegen öffentlicher Beleidigung zu einem Monat Gefängniß und zu den Kosten des Verfahrens verurtheilt. Alle Exemplare, sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen der Nr. 218 der „Volkswacht“ vom 18. September 1897 der Nr. 39 der „Wahrheit“ und der „Volkswacht“ (Wochenausgabe) vom 26. September 1897 sind unbrauchbar zu machen. Dem Beleidigten, Gendarm Blasius Kupka aus Zaborze wird die Befugniß zugesprochen, die Verurtheilung des Angeklagten durch einmalige innerhalb sechs Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Erkenntnisses erfolgende Einrückung in die obengenannten Zeitungen und ferner in das Zabrzer Kreisblatt auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt zu machen und zwar in den erstgenannten Zeitungen in demselben Theile und mit derselben Schrift wie der Abdruck der Beleidigung geschehen ist.

Politische Uebersicht.

Die Wahlaussichten des Freisinns.

Die Parteien erörtern jetzt in ihren Blättern lebhaft die Aussichten, welche die einzelnen Parteien im nächsten Wahlkampfe haben und die größte Uebereinstimmung besteht darin, daß die Nationalliberalen sich die erdenklichste Mühe geben werden müssen, wenn sie nicht ganz aufgerieben werden wollen. Dieser Prophezeihung begegnet man besonders oft in freisinnigen Blättern und wir sind natürlich die letzten, die ihre Wahrheit bestreiten wollen. Nur haben die lieben Freisinnigen selbst gar keinen Grund zum Frohlocken. In ihrem Lager sieht es sehr trübselig aus und es ist gar nicht erfindlich, weshalb sich die Wahlchancen für die Freisinnigen in den letzten fünf Jahren gebessert haben sollen. Und vor fünf Jahren haben sie kläglich abgeschnitten. Die freisinnige Volkspartei errang bekanntlich bei den Hauptwahlen nicht einen Sitz und konnte nur bei den Stichwahlen 23 Mandate, hauptsächlich durch die Mithilfe der Socialdemokraten gewinnen. Die freisinnige Vereinigung setzte zwar bei den Hauptwahlen einige wenige ihrer Candidaten durch, konnte aber schließlich nur mit ganzen 13 Mann in den Reichstag einziehen. Man setzte den colossalen Mißerfolg auf das Conto der Scheidung, welche kurz vor den Wahlen wegen der Abstimmung über die Militärvorlage zwischen den Gruppen erfolgt war und dieser Zwiespalt mag auch einen Theil der Schuld tragen. Aber der Zwiespalt besteht heute noch, er ist tiefer und größer geworden und nicht nur zwischen den beiden Gruppen, sondern auch in den einzelnen Gruppen selbst. Ueberall gährt und brodelt es im freisinnigen Lager, überall wächst der Mißmuth unter den Wählern, die bisher zur freisinnigen Fahne geschworen haben. Die Blätter der freisinnigen Vereinigung liegen mit den Organen der freisinnigen Volkspartei in fortwährendem Kampfe. Die „Freisinnige Zeitung“ des Herrn Richter warf erst neulich dem „Berliner Tageblatt“ des Herrn Mosse „Abgefeimtheit“ und andere schöne Dinge vor und die Pfeile flogen herüber und hinüber. Die Berathung der Flottenvorlage im Reichstag hat den Riß noch jüngst ganz offenkundig gemacht. Die ehemaligen Freunde Rickert und Richter bekamen da ordentlich das Raufen. Rickert polemisirte gegen Eugen, indem er ihm ostentativ verächtlich den Rücken zukehrte. Eugen, der dem freisinnigen Wadenstrümpfler geistig und an Charakterfestigkeit weit überlegen ist, zerschnitt darauf das Tischtuch zwischen beiden Gruppen völlig. Er strafte diejenigen Leisetreter unter seinen näheren und weiteren Parteigängern ganz offen Lügen, welche den Streit im freisinnigen Lager auf persönliche Eifersüchteleien oder kleinliche Gehässigkeiten unter den beiderseitigen Führern zurückführen wollten. Richter sprach es deutlich aus: „hier giebt es keine persönlichen Gegensätze mehr, hier sind tiefe sachliche Meinungsverschiedenheiten. Der Liberalismus braucht nicht davon abzuhängen, ob ein Schiff mehr oder weniger bewilligt wird oder nicht, aber er hängt davon ab, ob man eins der wichtigsten Volksrechte, das Recht der Budgetbewilligung, preisgiebt oder nicht.“ Wir, die wir auf dem Boden eines festen Programms stehen, können dem Abg. Richter von seinem Standpunkt aus nur beistimmen. Aber ob dieses Klarmachen zum Gefecht dem volksparteilichen Führer im Wahlkampfe glücken wird, ob es ihm irgendwie nützlich werden wird, möchten wir stark bezweifeln. Der Führer kann sich auf seine Mannen im eigenen Lager nicht mehr verlassen. Es mehren sich Stimmen aus den sog. volksparteilichen Kreisen, die der Vereinigung trotz der Preisgabe des constitutionellen Volksrechtes verzeihen und die Herren Rickert und Barth doch ans Bruderherz drücken wollen. In zahlreichen Versammlungen wird der Volkspartei Dickköpfigkeit vorgeworfen, wird sie zu größerer Toleranz aufgefordert. Es hat wirklich den Anschein, als ob die Leitung der freisinnigen Volkspartei vollständig die Fühlung mit ihren Wählern, selbst mit ihren in Vereinen organisirten Wählern verloren hat. In den Ruf nach Toleranz stimmen auch ganz andere Elemente als die vorhin genannten ein. Diese neigen nicht nach rechts zur Vereinigung, sondern nach links. Sie erkennen, daß der sociale Gedanke durch die heutige Entwickelung in den Vordergrund gerückt worden ist und verstehen ihren Führer nicht, daß er sich diesem Zuge der Zeit so vollständig verschließt. Sie fangen an, sich mit Socialpolitik zu beschäftigen und kommen uns naturgemäß näher und näher. Es ist gar nicht zweifelhaft, daß wir Socialdemokraten bei den nächsten Wahlen einen erheblichen Zuwachs aus bisher freisinnigen Wählerkreisen erhalten werden. Wenn Herr Richter und die ihm ergebene Presse trotzdem noch fortwährend Siegesfanfaren erschallen läßt, so ist das nichts als eitle Selbsttäuschung. Die Wahlen werden das erweisen.

Von Ostasien.

Die britische Regierung hat, wie der „Daily Chron.“ erfährt, von Rußland bezüglich Port Arthurs bündigere Versicherungen als die von Murawiew bereits ertheilten, verlangt. Die Aufstellung der britischen Flotte im Petschiligolf stehe mit diesen Unterhandlungen im Zusammenhange. Einer Shanghaier „Dalziel“-Drahtung zufolge verlangte der britische Vertreter von China entschädigende Zugeständnisse. Natürlich!

Von in Peking lebenden Russen läßt sich die „Times“ telegraphiren, daß die Annahme, Port Arthur werde den englischen Schiffen und dem englischen Handel offen stehen, lächerlich sei. Zugleich weisen gut unterrichtete Personen nachdrücklich darauf hin, daß nach den Bestimmungen des jüngsten Abkommens Talienwan zwar dem britischen Handel offen stehen werde, dennoch aber zu einem zweiten Wladiwostok gemacht werden könne.

Zusammenstöße zwischen Chinesen und Deutschen in Kiautschau sollen, wie das Bureau Dalziel meldet, häufig vorkommen. So griffen die Chinesen ein Magazin an und die Deutschen vertheidigten es. Im Handgemenge wurde ein Deutscher und ein Chinese getödtet. Anderweitig ist diese Nachricht nicht bestätigt.

Die Gegenrechnung des Centrums. Die „Köln. Volksztg.“ giebt endlich zu verstehen, daß das Centrum für den Flottenkuhhandel demnächst die Gegenrechnung präsentiren werde. Es heißt in dem Blatte:

„Allerdings darf die Regierung nicht meinen, des Centrums sich in allen Nöthen bedienen zu können, es aber zum Danke dafür mit Fußtritten behandeln zu dürfen. Es ist vielmehr die natürliche Voraussetzung eines guten Verhältnisses jeder Partei zur Regierung, daß die allgemeine Politik nicht eine den Grundsätzen und Forderungen der betreffenden Partei entgegengesetzte und feindliche ist. Die katholische Bevölkerung ist in diesem Punkte besonders empfindlich. Sie verlangt zwar durchaus keine grundsätzliche Opposition gegen eine Regierung, die ihre Wünsche nicht beachtet, allein es giebt verschiedene Grade der Unterstützung und verschiedene Auffassungen des Nothwendigen, was bewilligt werden muß. Wenn z. B. eine Flotte, wie die jetzt bewilligte, als durchaus nothwendig nachgewiesen war, so folgte aus der Anerkenntniß dieser Nothwendigkeit noch keineswegs, daß man nun auch unbedingt dieses Nothwendige in der Form gewähren mußte, wie das Flottengesetz es will. Das Centrum hat hier ein Maß von Entgegenkommen bewiesen, dem das Entgegenkommen auf der anderen Seite bisher nicht entspricht. Man wird nun sehen, wie die Dinge sich weiter entwickeln.“

Parlamentsmüde. Von den 90 conservativen Reichsboten wollen 15 Conservative und 11 Freiconservative, mehr als ein Viertel, nicht wieder candidiren. Die Trauben sind zu sauer? Parlamentsmüde sind auch von den 50 Nationalliberalen 20, d. h. 40 Procent der Fraction! Sie wissen warum.

Für die Abschaffung der Stichwahlen plädirt nun die „Conserv. Corresp“. Die Conservativen würden durch Einführung des relativen Mehrs bei den Wahlen nichts profitiren, aber es kommt ihnen wohl lediglich darauf an, aus dem Bau des Reichstags-Wahlrechts einen Stein herauszureißen. Andere sollen dann folgen.

Von den bürgerlichen Anti-Agrariern. Die Zahl der Zustimmungserklärungen zu dem Aufruf betreffend die Fortführung der bisherigen Handelspolitik ist, wie man der „Volks-Ztg.“ mittheilt, bereits auf über 9000 gestiegen und es laufen noch fortwährend weitere Zustimmungs-Erklärungen ein. Diese rühren mit verhältnißmäßig geringen Ausnahmen von Gewerbetreibenden, nämlich von Vertretern der Industrie, des Handels, des Kleingewerbes und der Landwirthschaft her.

Zum Colonialdirector ist bekanntlich Herr von Buchka, ein mecklenburgischer Conservativer und Jurist ernannt, obwohl er von colonialen Dingen wohl wenig versteht. Das Mandat für Rostock ist durch die Beförderung des Herrn von Buchka erledigt. Eine Neuwahl dürfte vor den allgemeinen Wahlen kaum noch möglich sein. Im Jahre 1893 erhielt dort der Socialdemokrat 7304, der Conservative 6281, der Freisinnige 5865 Stimmen. Der Kreis gehört also auch zu denjenigen, in denen die Freisinnigen, wenn sie nicht mit

---

Zum Glück der Damen.

Roman von Emile Zola.

Uebersetzt von Dr. H. Rosé.

(In Buchform erschienen bei J. Gnadenfeld & Co., Berlin.)

Nachdruck verboten.

Da waren auch Mäntel für alle erdenklichen Launen, von der 29 Francs kostenden Sortie de bal bis zum schweren Sammetmantel, dessen Preis achtzehnhundert Francs betrug. Auf den runden Brüsten der Modellpuppe bauschte sich der Stoff auf, die breiten Hüften ließen die zarte Taille schärfer hervortreten; den fehlenden Kopf ersetzte eine große weiße Preistafel, und die zu beiden Seiten der Auslage befindlichen Spiegel vervielfältigten alle diese Gestalten ins Endlose und bevölkerten so die Straße mit diesen schönen verkäuflichen Frauen, die an Stelle des Kopfes eine große Tafel hatten, auf der in weithin sichtbaren Ziffern ihr Preis zu lesen war.

— Famos! rief Jean, der für seine Bewunderung keinen anderen Ausdruck fand.

Auch er stand regungslos, mit offenem Munde da. Beim Anblick all dieses Frauenluxus wurde er roth vor Vergnügen. Er besaß die Schönheit eines Mädchens, eine Schönheit, die er seiner Schwester geraubt zu haben schien, eine rosig schimmernde Haut, rothliches gekräuseltes Haar, verführerisch frische Lippen und helle Augen. Neben ihm erschien Denise mit ihrem länglichen Gesicht, dem fahlen Teint und farblosen Haar noch erbärmlicher. Und Pépé mit dem hellblonden Kinderhaar drückte sich noch fester an sie, wie von einem unbestimmten Drang nach Liebkosungen getrieben, verwirrt und erschreckt durch die schönen Damen im Schaufenster. Sie bildeten eine so seltsame, reizende Gruppe auf dem Straßenpflaster, diese drei Blonden in ihren abgetragenen Trauerkleidern, das kränkelige Mädchen zwischen dem hübschen Kinde und dem herrlichen Jüngling, daß die Vorübergehenden sich lächelnd nach ihnen umsahen.

Auf der andern Seite der Straße stand schon seit einigen Augenblicken auf der Schwelle eines Ladens ein beleibter Mann mit weißem Haupthaar und breitem gelblichem Gesicht, und beobachtete die Gruppe. Mit zornfunkelnden Blicken und zusammengekniffenen Lippen hatte er zu den Schaufenstern der Modewaarenhandlung „Zum Glück der Damen“ hinübergesehen, und der Anblick des Mädchens mit seinen beiden Brüdern erbitterte ihn noch mehr. Was hatten diese Taugenichtse vor dieser Charlatan-Ausstellung zu gaffen?

— Und der Onkel? frug Denise plötzlich, wie aus einem Traum erwachend.

— Wir sind in der Rue de la Michodière, sagte Jean. Hier muß er wohnen.

Sie erhoben die Köpfe und blickten um sich. Unmittelbar vor ihnen, oberhalb der Thür, in welcher der beleibte Mann stand, sahen sie eine grün angestrichene Firmatafel, auf der in gelben, verblaßten Buchstaben zu lesen war: „Zum alten Elbeuf*), Tuch- und Flanellhandlung Baudu, vormals Hauchecorne.“ Es war ein mit schmutzigem Mörtelanwurf bedecktes schmales Haus mit drei Fenstern Front, zu dessen beiden Seiten sich große Hotels im Style Ludwigs XIV. befanden. Die viereckigen, unverhängten Fenster waren durch ein Eisengitter, zwei gekreuzte Eisenstangen geschützt. Was aber Denise, die noch immer die herrlichen Sachen der Modewaarenhandlung „Zum Glück der Damen“ vor Augen hatte, inmitten all dieser Kahlheit am meisten überraschte, das war der im Erdgeschoß befindliche Laden, den die niedrige Decke fast zu erdrücken schien und über dem sich ein niedriges Entresol befand, dessen halbmondförmige Fensterlöcher an die eines Gefängnisses erinnerten. Rechts und links saßen in einem hölzernen Gehäuse, das einst grün gewesen wie die Firmatafel, jetzt aber eine Mischung von ockergelb und schwarz als Färbung hatte, zwei tiefe, verstaubte Auslagkasten von Glas, in denen man undeutlich einige Stoffreste wahrnahm. Die offene Ladenthür schien in einen tiefen, feuchten, dunkeln Keller zu führen.

— Da ists! sagte Jean nochmals.

— Wohlan! Gehen wir hinein! Komm', Pépé!

Doch im letzten Augenblick überkam alle eine eigenthümliche Scheu. Als ihr Vater durch dasselbe Fieber hinweggerafft wurde, dem einen Monat zuvor ihre Mutter erlegen war, da hatte zwar Onkel Baudu in der ersten Erregtheit über diese beiden Todesfälle seiner Nichte geschrieben, es werde sich für sie in seinem Hause stets ein Plätzchen finden, wenn sie nach Paris käme, um dort ihr Glück zu suchen, aber seit diesem Briefe war fast ein Jahr verflossen, und Denise bereute jetzt, daß sie Valognes so plötzlich verlassen hatte, ohne ihren Onkel vorher zu benachrichtigen. Dieser kannte sie nicht, denn er war nicht mehr in seine Heimath gekommen seitdem er sie verlassen hatte, um als jüngster Commis bei dem Tuchhändler Hauchecorne einzutreten, dessen Schwiegersohn er nachher wurde.

— Herr Baudu? entschloß sich Denise endlich, den beleibten Mann zu fragen, der sie noch immer verwundert musterte.

— Der bin ich! lautete die Antwort.

Denise erröthete und fügte stammelnd hinzu:

— Ah! Um so besser! . . . Ich bin Denise, und da ist Jean und Pépé . . . Wie Sie sehen, sind wir gekommen, Onkel!

Baudu schien höchst überrascht zu sein. Seine großen rothen Augen flackerten in seinem gelblichen Gesicht, seine langsam gesprochenen Worte verwirrten sich. Er war offenbar in

*) Stadt im Departement Seine Inférieure, berühmt durch ihre Tuchfabriken.

in die Stichwahl kommen, nach rechts oder links den Ausschlag geben.

Zur Ausführung des Margarinegesetzes. Ueber die Trennung von Verkaufsräumen von Margarine und Butter sind Anfang März in der amtlichen „Berl. Corr." und alsdann im „Reichsanz." Grundsätze veröffentlicht worden, über welche sich die Bundesregierungen in der Auslegung des Margarine-Gesetzes vereinbart haben. Nunmehr werden im „Reichsanzeiger" diese Grundsätze förmlich und amtlich mit den Unterschriften der preußischen Minister und einer erläuternden Einleitung veröffentlicht unter dem Datum vom 24. März 1898.

Den Margarineverkauf eingestellt haben nach einer Localcorrespondenz am 1. April eine Anzahl Berliner Geschäfte, da die betreffenden Räumlichkeiten einen Umbau, wie ihn das am 1. April in Kraft getretene Gesetz verlangt, nicht zuließen.

Eine Wirkung des Margarinegesetzes, die den Agrariern wenig erwünscht, ist der Verkauf der Margarine durch die Fleischer, für welche getrennte Verkaufsräume nicht vorgeschrieben sind, da sie neben der Margarine nicht gleichzeitig Butter verkaufen. Auch die Kölner Fleischer-Innung hat, da der Mitverkauf von Margarine sich für ihre Mitglieder sehr eigne und lohne, beschlossen, den Verkauf von Margarine aufzunehmen, wie es in anderen größeren Städten bereits der Fall ist.

Ausland.

Rußland. Im Jahre 1897 sind 29 Verbote erlassen worden, die sich theils auf den Einzelverkauf, das Drucken der Privatanzeigen, monatliches oder permanentes Erscheinungsverbot der periodisch erscheinenden Zeitschriften erstreckten. Im Jahre 1898 sind bereits 13 oder 14 Verbote dieser Art erlassen worden.

In der Nacht vom 22. zum 23. März (10. zum 11ten russischer Zeitrechnung) fanden in Petersburg Massenhaussuchungen, hauptsächlich bei Studenten und Studentinnen statt. Sechzehn Personen wurden damit beglückt, von welchen sechs, bei welchen sich etwas „Verdächtiges" (ein Büchlein, ein Schriftchen oder Aehnliches) vorfand, verhaftet wurden. Die meisten der Betroffenen sind blutjunge Menschen. Bei einem 17jährigen Jüngling, der bei seinen Eltern wohnt, dauerte die Haussuchung von 1 Uhr Nachts bis zum folgenden Tage 1 Uhr Mittags, ohne zu einem Erfolge zu führen. Als Ursache zu diesen Maßregeln der russischen Behörde wird die Verbreitung eines sinnlosen Blattes, welches zu Aufruhr und Attentaten auffordert und möglicher Weise von der Polizei selbst herrührt, bezeichnet.

Frankreich. Der Cassationshof hat das Urtheil des Schwurgerichts, durch das Zola wegen Beleidigung der militärischen Richter im Prozeß gegen Esterhazy zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt wurde, aufgehoben. Der Grund der Aufhebung ist darin gefunden worden, daß der Strafantrag, den der Kriegsminister gestellt hatte, ungiltig ist; die angegriffenen Esterhazy-Richter hätten selbst klagen müssen.

Clemenceau behauptet in der „Aurore", er habe gehört, wie Kriegsminister General Billot versucht habe, den Vorsitzenden des Cassationshofes zur Verwerfung der Berufung Zola's zu beeinflussen. Bewahrheitet sich dies, so dürfte der Prozeß vielleicht für die militärischen Machthaber noch ein unangenehmes Nachspiel erhalten.

Die chauvinistische Presse ist wüthend, daß sich noch unabhängige Richter gefunden haben, welche das Gesetz höher stellten als das Geschrei des klerikal-militärisch-antisemitischen Klüngels.

Der große aufregende Prozeß hat so beinahe prosaisch geendet. Jedenfalls ist es erfreulich, daß Zola durch den von ihm provocirten Prozeß die Widergesetzlichkeiten des Verfahrens gegen Dreyfus vor aller Welt erweisen konnte und daß der Militarismus, der ihn deshalb mit schwerer Strafe zu treffen gedachte, nun an seinen eigenen Fehlern in der Prozeßanstrengung kläglich Schiffbruch erleidet.

Italien. Crispi, der sich bekanntlich in seinem Wahlkreise Palermo einer Nachwahl unterziehen will, wird Seitens der Socialisten Nicola Barbato, der bereits früher dort candidirte, entgegengestellt werden.

Spanien. Die Vorschläge, welche Spanien Nordamerika gemacht hat, lauten, wie der „N. Fr. Pr." aus Madrid gemeldet wird, folgendermaßen: Die Maine-Affaire wird zur Entscheidung einem Schiedsgericht unterbreitet; die bisherigen Verfügungen gegen die Reconcentrados werden aufgehoben unter der Voraussetzung, daß die Insurgenten einen Waffenstillstand verlangen. Definitive Maßregeln zur Pacifizirung Cubas werden von der Regierung im Einvernehmen mit den im Mai zusammentretenden Kortes festgesetzt.

Bei Uebergabe der Antwortnote erklärte Ministerpräsident Sagasta dem amerikanischen Gesandten Woodford mündlich, die Note enthalte die letzten Zugeständnisse Spaniens, darüber hinauszugehen, verbiete die Ehre Spaniens.

Inzwischen hat die spanische Regierung, wie schon bekannt, eine Vermittelung der europäischen Großmächte herbeizuführen gesucht. Diese haben sich aber wohlweislich gehütet, auf den Köder anzubeißen, den ihnen die spanische Regierung in ihrer argen Verlegenheit hinhielt. Der „Politischen Correspondenz" zufolge ergab der bisherige Meinungsaustausch der Mächte über die in allgemeiner Weise erfolgte spanische Anregung einer Intervention der Mächte, daß ein Versuch des Eingreifens der europäischen Regierungen größere Schwierigkeiten darbieten würde wegen der Gefahr der Verletzung der Empfindlichkeit der Amerikaner und der Steigerung der dortigen Erregung.

Dagegen scheint der Papst Lust zu verspüren, eine Vermittlerrolle in dem Streit zu übernehmen. Der vatikanische Berichterstatter der „Politischen Correspondenz" meldet nämlich, die Behauptung von einer schiedsrichterlichen Rolle des Papstes sei wohl darauf zurückzuführen, daß der Papst indirect in Madrid notifiziren ließ, einen wie hohen Werth er der friedlichen Regelung des Streites beilegen würde, wobei er zugleich seiner lebhaften Sympathie für die Königin-Regentin Ausdruck gab.

Amerika. Die kriegerische Stimmung ist noch nicht vergangen. Die Untercommission der Senatscommission für auswärtige Angelegenheiten wird ihren Bericht wahrscheinlich heute erstatten und die Annahme der Resolution empfehlen, die sich 1. zu Gunsten der Anerkennung der Autonomie Cubas, 2. zu Gunsten einer Intervention der Vereinigten Staaten ausspricht. Zu diesem Zwecke wird der Bericht die Annullirung der Verordnungen bezüglich der Reconcentrados als eine Ausrede hinstellen und geltend machen, daß die Zerstörung der „Maine" ein hinreichender Grund sei, Spanien den Krieg zu erklären.

Nach Meldungen aus Honolulu wäre dort eine Depesche aus Washington eingegangen, wonach die amerikanische Flagge auf Hawaii im Kriegsfalle gehißt und die Inseln als Flottenstation dienen sollen.

Partei-Angelegenheiten.

Ludwig Schröder ist gestern, Sonntag, aus dem Zuchthause in Werden entlassen worden, in welchem er zweiundeinhalb Jahre seines Lebens verbrachte, um das Verbrechen des Meineides zu büßen, das er nach dem Urtheil bürgerlicher Geschworenen begangen haben soll. Wir brauchen auf die allgemein bekannten Prozeßvorgänge hier nicht weiter einzugehen, wir wollen hier nur weiter aussprechen, was wir und Hunderttausende in Deutschland weit über den Kreis der Socialdemokratie hinaus, als ihre Ueberzeugung fühlten: daß Schröder und seine noch im Zuchthause schmachtenden Kameraden das Opfer eines richterlichen Irrthums sind, daß sie unschuldig sind an dem ihnen zur Last gelegten Verbrechen. Die Arbeiterschaft Deutschlands hat längst gezeigt, sowohl durch ihre opferbereite Thätigkeit für die Familien der „Zuchthäusler", wie dadurch, daß sie den unverdächtigen Zuchthäusler Schröder als Candidaten für das höchste Element, das das Volk zu vergeben hat, für das Reichstagsmandat aufstellte, wie unerschütterlich sie stehen an den Barden, die nach den geltenden Gesetzen als schlimme Verbrecher gebrandmarkt sind. Auch in Breslau trachtet und dringt man dem Schicksal der unschuldig Verurtheilten lebhafte Sympathie entgegen und wir machen uns zum Dolmetscher der Gefühle von vielen Tausenden Breslauer Arbeiter, wenn wir ihm dem wieder in die Freiheit Zurückgekehrten unseren herzlichsten Willkommensgruß entgegen bringen. Möge Schröder die schwere körperliche Schädigung, die ihm die jahrelange harte Haft verursacht hat, glücklich überwinden und in der allgemeinen Liebe und Achtung seiner Gesinnungsgenossen Trost und Heilung finden für die im Kampfe erlittenen schweren Wunden. Wir sind sicher, unseren Schröder bald wieder in einer Reihe der Genossen kämpfen zu sehen für die hohen Ideale, welche sein Leben erfüllen, ein ganzer Mann, ein Ehrenmann, trotz des Zuchthausgeruches, das er lange Jahre tragen mußte!

Von den übrigen Opfern des Eisener Meineidprozesses haben Weyer und Grätz, welche zu 3½ Jahren Zuchthaus verurtheilt wurden, noch ein volles Jahr, Bodmann, Imberg und Willing, die 3 Jahre Zuchthaus bekamen, noch ein halbes Jahr hinter den Mauern der Strafanstalt zu verbringen. Möge auch ihnen die unerschütterliche Sympathie der deutschen Arbeiterschaft Kraft verleihen, die schwere, schmachvolle Zeit zu ertragen!

Die Adresse des Genossen H. Weber, des Vorsitzenden der Lumpensammlerin, ist nun jetzt ab: Heinrich Weber, Hannover, Langestraße 1.

Neber den Ausfall der Gemeinderathswahlen in der Umgebung Magdeburgs schreibt die „Volksstimme": So weit sich unsere Genossen der dortigen Wahlkreise an der Wahl betheiligt haben, entspann sich der Sieg an unsere Fahne — sogar in Osterweddingen gelang es, dem Genossen Kaiser zum Siege zu verhelfen. Wir hoffen, daß die noch ausstehende Wahl in Sudenburg gleichfalls zur Zufriedenheit ausfällt.

Bei der Gemeindewahl in dem preußischen Dorfe Roggum bei Diesdorf siegte in der 3. Klasse wieder ein Socialdemokrat. Die 3. Klasse befindet sich nun ganz in unseren Händen. Roggum ist derselbe Ort, wo kürzlich eine Volksversammlung, in der Reichstagsabgeordneter Herbert auf Stolle sprechen sollte, aus dem fadenscheinigen Grunde aufgelöst wurde, weil die Anmeldebescheinigung nicht vom Landrathsamte selbst, sondern wegen dessen Abwesenheit vom Landrathsamte unterzeichnet worden war.

Im Dorfe Schmira bei Erfurt wurde in der Stichwahl der Arbeiter-Candidat Gotthard Beyer in den Gemeinderath gewählt.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung ist dem Redacteur des Volksblattes für Halle, Genossen Weidemann, zugegangen. Die Beleidigung soll in einer Localnotiz enthalten sein, in der davon die Rede ist, daß die Gedächtnißmedaillen für den Kaiser Wilhelm I. auf dem Rathhause angekommen sind und daß sich 1700 Militärvereins-Mitglieder um den Orden beworben hätten.

Von der Anklage wegen Majestätsbeleidigung wurde freigesprochen in Göttingen Genosse Leine aus Hannover, der in einer Wählerversammlung die belei-genden Aeußerungen gethan haben sollte, und in Braunschweig der Maurer Julius Maushake aus Schöning.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der 47jährige Maurer Rothe aus Döbeln, der völlig verwahrlost ist und, um wieder ins Gefängniß zu gelangen, Beleidigungen gegen den Kaiser und den König von Sachsen aussprach, zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt.

(Ende der Rubrik: Politische Uebersicht.)

Arbeiterbewegung.

Vom Terrorismus der Arbeitgeber. Günstiger Wind wehte unserem Hannover'schen Parteiorgan folgendes Schriftstück auf den Redactionstisch:

Verein der Kupferschmiedereien Deutschlands.

Nr. 1.

Vertraulich. Hannover, den 30. März 1898.

Der Vorstand des Bezirksvereins Brandenburg theilt uns mit, daß unter den Kupferschmiedegehilfen der Firmen C. Heckmann und F. W. Pest in Berlin ein Streik ausgebrochen ist, nachdem von den Mitgliedern des Bezirksvereins die Forderung eines Minimallohnes von 45 Pf. abgelehnt worden.

Indem wir auf § 13 der Satzungen hinweisen, wonach jedes Vereinsmitglied verpflichtet ist, unter keinen Umständen Kupferschmiedegehilfen zu beschäftigen, welche bei einem Vereinsmitglied unberechtigterweise (!?) die Arbeit niedergelegt haben, geben wir nachstehend das Verzeichniß der Streikenden:

(Folgen Namen, Alter und Geburtsort von 28 im Alter von 20 bis 44 Jahren stehenden Arbeitern.)

Da ein Theil der Streikenden bereits Berlin verlassen hat, bitten wir die Liste genau zu beachten.

Der Vorstand:

Herm. Schmidt. Fr. Neumann.

Ein neuer Beweis, daß vornehmlich die Unternehmer es sind, die ein terroristisches Regiment ausüben. Daß in der Aera Posadowsky irgend eine Behörde gegen diese Verrufserklärung einschreiten wird, erwarten wir natürlich nicht.

Lohnbewegungen der Bauhandwerker. In Speyer bewilligten die Mehrzahl der Maurermeister die von den Arbeitern bereits im Vorjahre gestellten Forderungen einer zehnstündigen Arbeitszeit bei einem Lohn von 40 Pf. pro Stunde. Den Zimmerleuten wurde gleichfalls eine zehnstündige Arbeitszeit bewilligt bei einem Stundenlohn von 35 Pf. — In Arnstadt ist der Lohnkampf der Maurer zu Gunsten der Arbeiter beendet. — Der Ausstand der Maurer in Eisenberg hat mit einem vollständigen Sieg der Arbeiter geendet.

Die Lohnbewegung der Schneider in Saarbrücken hat zu einem Vergleich zwischen der Tarifcommission der Gehilfen und den Meistern geführt.

Die Vereinigung der sächsischen Spinnereibesitzer läßt jetzt über 340 Arbeiter und Arbeiterinnen, die am Streik in Mittweida betheiligt sind, eine schwarze Liste circuliren.

Aus aller Welt.

Die Affaire Grünenthal. Grünenthal hat jetzt sein Geständniß um mehrere interessante Einzelheiten erweitert. Als die Reichsdruckerei am 14. Januar 1897 um 5 Uhr Abends geschlossen war und alles Personal sich entfernt hatte, öffnete Grünenthal den Tresor und entnahm demselben eine größere Anzahl überschüssiger ungestempelter Scheine. In seiner Wohnung will er festgestellt haben, daß er ungefähr 230 Stück Tausend- und 200 Stück Hundertmarkscheine gestohlen habe, die im Ganzen etwa 250,000 Mark ausgemacht haben. Diese mußte er nun, um sie in den Verkehr bringen zu können, mit der Hand numeriren und stempeln. Wie aus einem Vergleich der zuerst aufgefundenen Banknoten im Betrage von 44,000 Mark mit jenen mittelst Maschine numerirten Scheinen hervorgeht, ist die Handarbeit Grünenthal nur sehr mangelhaft geglückt, wenn man die Fehler im gewöhnlichen Verkehr auch nicht gleich merken wird. Der Stempelaufdruck ist vielfach verschmiert und beim Aufheben des Stempels verwischt, die Nummern nicht gleichartig gesetzt, die Farbe mehrfach abweichend. Grünenthal erklärt, daß ihm namentlich beim Beginn der Arbeit viele Stempelungen und Numerirungen so verunglückt seien, daß er die Scheine nicht aus der Hand geben konnte und sie vernichten mußte. Es sollen dann etwa für 200,000 Mark brauchbare Scheine übrig geblieben sein, wovon 44,000 Mk. aufgefunden wurden, daß, wie Herr v. Bodbielski schon im Reichstage erklärt hat, 160,000 Mk. von Grünenthal gefälschte Scheine sich im Verkehr befinden dürften. Diese werden von der Reichsbank anstandslos aus Mitteln, die für die Einlösung gefälschter Scheine vorhanden sind, eingelöst.

Begnadigungen. Der frühere Bankdirector Ehlers aus Parchim, der wegen Betrugs zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt worden war, ist begnadigt worden. Er hatte noch 13 Monate zu verbüßen. — Wegen Gefährdung eines Eisenbahnzuges war im Herbst v. J. der 12 Jahre alte Sohn des Schmiedes Hinze zu Leppin von der Strafkammer in Köslin zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt worden, die der Knabe am 1. October angetreten hatte. Vom Kaiser ist ihm nun vom 1. April ab der noch zu verbüßende Theil der Strafe erlassen worden.

Wie man Staatsbürger „erledigt". Es ist Instructionsstunde — im Reiche der Mitte, dicht an der Grenze der Hauptstadt. Der Herr Lieutenant Schne—i—dig zu einem Rekruten: Was ist die Schildwache zu thun, wenn sie von einem Bürgerlichen belästigt wird? Rekrut: Ich verhafte ihn und stelle ihn ins Schilderhaus. Lieutenant: Gut. Aber wenn nun, während der eine im Schilderhaus ist, ein zweiter Bürgerlicher ihn zu befreien sucht? Rekrut: Dann muß ich diesen zurückweisen. Lieutenant: Und wenn inzwischen der erste entflieht? Rekrut: (Schweigt). Lieutenant: Laufen der eine hinter dem andern fort, so haben Sie zu schießen, dann werden die zwei mit einer Kugel erledigt.

Also geschehen — und der letzte Satz (wie der „Vorwärts" versichert) wörtlich gesprochen — im Reich der Mitte anno Domini 1898 im schönen Monat März.

In der Telephon-Centralstation zu Zürich brach am Sonnabend früh in Folge Kurzschlusses Feuer aus. Der Kurzschluß

Gedanken tausend Meilen weit von dieser Familie, die ihm so unerwartet ins Haus fiel.

— Wie? Ihr seid hier? wiederholte er mehrere Male. Aber Ihr waret ja in Valognes! Weshalb seid Ihr denn nicht in Valognes geblieben?

Mit ihrer sanften Stimme, die ein wenig zitterte, gab sie ihm nun die nöthige Aufklärung. Nach des Vaters Tode, der in seiner Färberei Alles verloren hatte was er besaß, war sie die Mutter der beiden Kinder geworden. Ihr Verdienst bei Cornaille reichte aber nicht hin, sie alle drei zu ernähren. Jean arbeitete zwar bei einem Ebenisten, der sich mit der Wiederherstellung antiker Möbel beschäftigte, aber er verdiente dabei keinen Sou. Dagegen gewann er Geschmack an Antiken; er schnitzte Figuren aus Holz; eines Tags hatte er irgendwo ein Stück Elfenbein gefunden und schnitzte daraus einen Kauz; diese Arbeit gefiel einem vorübergehenden Herrn so, daß er den Geschwistern zuredete, nach Paris zu übersiedeln, wo er Jean einen Platz bei einem Elfenbeinarbeiter verschaffen wolle.

— Jean wird alle morgen bei seinem neuen Meister eintreten, schloß Denise. Man verlangt kein Leihgeld, und er wird Kost und Wohnung erhalten. Ich dachte mir, daß ich und Pépé schon irgendwie unser Fortkommen finden werden. Schlimmer als in Valognes kann es uns doch nicht ergehen.

Eines verschwieg sie: eine Liebeserklärung Jeans, gemischt Briefchen, die er an ein junges Mädchen aus einer adeligen Familie der Stadt geschrieben hatte, die Rüge, die über eine Mauer hinweg ausgetauscht worden — kurz einen ganzen Scandal, der sie zu der Uebersiedelung bewogen hatte. Sie begleitete ihren Bruder hauptsächlich deshalb nach Paris, weil sie ihn überwachen wollte, aufhin von mütterlicher Besorgniß um dieses große Kind, das so schüchtern und so wunder war, daß alle Frauen es anbeteten.

(Fortsetzung folgt).

ist wahrscheinlich dadurch entstanden, daß ein in Folge Schneebelastung zerrissener Tramwahndraht auf einen Telephondraht fiel. Nach einstündiger Arbeit war das Feuer gelöscht. Der vierte Stock und der Dachstuhl sind ausgebrannt; sämmtliche Apparate sind zerstört. Das Gebäude gehört dem Bund; die Einrichtungen hatten 500 000 Fr. gekostet.

Ein heftiges Erdbeben fand in der Gegend von Veliki-Popovacza in Serbien drei Tage nach einander statt, das die Bildung großer Erdspalten zur Folge hatte. Viele Häuser sind eingestürzt, die meisten geborsten.

Schiffsuntergang. Der Dampfer „Stad Nieuport" ist auf der Fahrt nach Antwerpen bei Kingslynn mit Mann und Maus untergegangen. Fünfzehn Personen sind ertrunken.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 4. April 1898.

* **Gegen die fortdauernden Mißstände im Stellenvermittelungs-** und namentlich im Gesindevermittelungswesen werden jetzt, weniger aus socialpolitischen Rücksichten als aus Liebe zu den Agrariern von der Regierung gesetzliche Maßregeln vorbereitet. Inzwischen aber werden die Orts-Polizeibehörden durch einen von den Ministern des Innern und für Handel und Gewerbe an sämmtliche Regierungs-Präsidenten gerichteten Runderlaß angewiesen, für die Folge die Stellenvermittler und Gesindevermiether aufs Schärfste zu controliren. Der Ministerialerlaß sagt darüber Folgendes:

„Zu einem Theile erklären sich jene Mißstände auch daraus, daß die zuständigen Behörden es an der erforderlichen Aufsicht über den bezeichneten Gewerbebetrieb vielfach haben fehlen lassen. Nach den Erhebungen waren von 5216 ermittelten Gesindevermiethern und Stellenvermittlern 632, also 12,1 pCt., wegen Verbrechen oder Vergehen bestraft. Unter diesen 632 Personen befassen sich 537 auch mit der Stellenvermittelung für weibliches Gesinde. Von diesen sind 19 wegen Kuppelei, 3 wegen Meineides, 123 wegen Betruges, Hehlerei oder Urkundenfälschung vorbestraft, aber nur gegen 5 ist die Klage auf Untersagung des Gewerbebetriebes angestrengt worden. Schon hieraus ist zu entnehmen, daß die zuständigen Behörden von den Mitteln zur Ausschließung unlauterer und unzuverlässiger Elemente von diesem Gewerbebetriebe nicht in dem erforderlichen Maße Gebrauch gemacht haben."

Der Erlaß weist daher die Polizeibehörden an, in nachdrücklichster Weise in dieser Richtung vorzugehen. Nach jeder Anzeige von der Eröffnung eines der im § 35 der Gewerbeordnung bezeichneten Gewerbebetriebe, die bei ihnen eingeht, sollen sie eine genaue Prüfung der Frage vornehmen, ob nicht bereits strafbare Handlungen des Anmeldenden oder andere Thatsachen vorliegen, die seine Unzuverlässigkeit für den angemeldeten Gewerbebetrieb darthun. Dieselbe Prüfung soll nach Beginn des Gewerbebetriebes, auch ohne daß ein besonderer Anlaß dazu gegeben ist, von Zeit zu Zeit wiederholt und in jedem Falle, wo die Annahme der Unzuverlässigkeit durch Thatsachen begründet erscheint, das Verfahren wegen Untersagung des Gewerbebetriebes eingeleitet werden.

* **Die Blechschmiede auf der Bühne.** Fedor v. Zobeltitz, von dessen Bühnenwerken auch das Lobe-Theater einige zur Aufführung brachte, hat jetzt ein Lustspiel geschrieben, welches am Donnerstag in Liegnitz gegeben wurde. Dasselbe betitelt sich: „Die Tyrannen des Glücks." Ueber den Inhalt des Stückes entnehmen wir der Recension des „Liegn. Tgbl." Folgendes:

„Ein Jurist, ein Arzt und ein Architekt sehen sich durch den Umstand, daß der Jurist durch Erbschaft ein Majorat und mehrere Millionen Baarvermögen erhält, plötzlich in den Stand gesetzt, ihre Pläne zur Lösung der socialen Frage practisch auszuführen: es werden auf dem Majoratsgute gesunde Arbeiterhäuser mit Centralheizung, Badeeinrichtung 2c. gebaut, Speise-Anstalten, in welchen auch das von dem Arzt erfundene Volksnährmittel „Manna" verabreicht wird. Dampfwäscherei, Krankenhäuser 2c. werden errichtet, der Sparsinn wird durch die verschiedensten Kassen gefördert, kurz, es wird Alles geschaffen, was nur für das Volkswohl dienlich sein kann. Aber den Arbeitern paßt die ganze Geschichte sehr bald nicht mehr: das häufige Baden und Waschen ist den Leuten zu umständlich, bei der Centralheizung gehen sie des Bratröhrs, worin sie Aepfel für die Kinder braten können, verlustig, anstatt dem Arzte, schenken sie ihr Vertrauen dem Ziehmann und der Blutbesprecherin, das „Manna" schmeckt ihnen wie Kleister, so daß sie sich nach Kartoffeln mit Leinöl und Weichquarg zurücksehnen 2c."

Ob das die Ueberzeugung des Autors ist, oder ob er nur durch diese Blechschneiderei das Stück dem Theater-Publikum mundgerecht machen wollte? Das Letztere wäre schon möglich, wenn man bedenkt, daß die Theaterbesucher fast ausschließlich der Bourgeoisie angehören und dieselbe auch den Poeten in ihren bezahlten Lohnarbeiter verwandelt hat. Ueber die Aufnahme, welche das Stück in Liegnitz gefunden, schreibt der Recensent: „das recht zahlreich erschienene Publikum unterhielt sich gut und spendete öfteren lebhaften Beifall." Das glauben wir gern. Vor Proletariern hätte Herr v. Zobeltitz mit seinem „geistvollen" Stücke kein Glück, sondern würde damit einfach ausgelacht werden.

* **Können Arbeitnehmer,** die auf Grund § 124 der G.-O. das Arbeitsverhältniß ohne Kündigung aufgeben, Entschädigung für die Zeit bis zum Ablauf der Kündigungsfrist verlangen? Ueber diese jeden Arbeiter interessirende wichtige Frage entnehmen wir der Broschüre „Der Arbeitsvertrag des Gewerbe- und Fabrikarbeiters" von Rich. Lipinski*) folgende Ausführungen. Die Gewerbeordnung schweigt sich hierüber aus und die Gewerbegerichte verneinten diese Frage wiederholt. Sie stützten sich dabei auf eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 3. Mai 1881, die in Reger, Entscheidungen über Rechts- und Verwaltungsstreitigkeiten wiedergegeben ist und die wie folgt lautet:

Wird dem Arbeiter der ihm vertraglich zukommende Lohn vorenthalten oder nicht in der bedungenen Weise gezahlt, so giebt ihm dies wohl das Recht, die Arbeit ohne Kündigung zu verlassen, er kann jedoch dann nur den Lohn bis zum Tage des Verlassens der Arbeit, nicht aber bis zum Ablauf der Vertragsdienstzeit beanspruchen."

Neuerdings sind aber von den Landgerichten Berlin und Leipzig Urtheile im entgegengesetzten Sinne gefällt worden, sie bejahen somit die eingangs gestellte Frage. In dem einen Falle waren Kellnerinnen für die Zeit der Ausstellung, 1. Mai bis 15. October 1896, engagirt, verließen aber vor Ablauf der Engagementsfrist die Stellung, weil die Frau des Arbeitgebers die Kellnerinnen in grober Weise beleidigt hatte. Sie klagten auf Entschädigung für die Zeit bis zum Ablauf der Engagementsfrist und gewannen ihre Klagen. Das Landgericht II führte aus:

Aus § 361 Theil I Titel 5 Allgemeinen Landrechts steht den Klägerinnen, da ihnen durch Verschulden des Beklagten die fernere Erfüllung des Arbeitsvertrages unmöglich gemacht worden ist, ein Entschädigungsanspruch zu.

In einem anderen Falle hatte eine Directrice für Modewaaren die Stellung ohne Einhalt der Kündigungsfrist verlassen, weil sie der Arbeitgeber grob beleidigt hatte. Sie klagte auf Zahlung der Entschädigung für die Zeit der Kündigungsfrist, wurde aber vom Gewerbegericht Leipzig insoweit mit ihrer Klage abgewiesen. Ihre Berufung hatte Erfolg. Das Landgericht Leipzig verurtheilte am 12. August 1897 den Arbeitgeber zur Zahlung der Entschädigung und führte aus:

Zwar enthält ebensowenig wie das Handelsgesetzbuch die Gewerbeordnung eine Bestimmung darüber, ob der vom Dienstvertrage aus einem gerechten Grunde zurücktretende Theil auf Schadenersatz Anspruch habe. Es muß aber für die Verhältnisse der gewerblichen Betriebsbeamten (G.-O. §§ 133a u. ff.) zu dem Ergebnisse gelangt werden, zu dem die Rechtsprechung rücksichtlich der Handlungsgehilfen gelangt ist. Denn die §§ 133a u. ff. sind in die Gewerbeordnung in Folge des Verlangens der Werkmeister eingefügt worden, es möchten die Art. 57 bis 64 des H.-G.-B. auf sie für anwendbar erklärt werden, und diese Regelung ist darauf im engsten Anschlusse an die handelsrechtlichen Sätze und nach deren Vorbilde durch §§ 133a u. ff. geschehen. Motive zur Novelle vom 1. Juni 1891 bei Landmann, R.-G.-O. II, S. 899, v. Bernewitz, R.-G.-O., 6. Aufl. 1897, II., S. 362, 363. Für das Gebiet des Handelsrechts wird nun anerkannt: damit, daß das Gesetz einen Entschädigungsanspruch des mit Grund Zurücktretenden nicht erwähne, habe es einen solchen nicht verneinen wollen. Vielmehr habe es insofern die Grundsätze des bürgerlichen Rechts für maßgebend erklärt. Der Vertragscontrahent, der durch vertragswidriges Verhalten gerechten Grund zum Rücktritte gebe, mache sich nach Maßgabe des bürgerlichen Rechts ersatzpflichtig für den durch die vorzeitige Auflösung des Vertrages entstehenden Schaden.

Entsch. des vorm. Reichs-Oberhandelsgericht Band XIV, S. 21, Entsch. des Kgl. Sächs. Oberlandesgerichts im Sächsischen Archiv 1893, S. 712, zu vergleichen auch § 628, Abs. 2 des künftigen bürgerlichen, und § 70, Abs. 2 des künftigen Handelsgesetzbuches.

Die gleichen Erwägungen wie für das Handelsrecht greifen für die analogen Bestimmungen der Gewerbeordnung in §§ 133a u. ff. Platz. Auch hier findet sich keinerlei Anhalt dafür, als hätte der Gesetzgeber „die Befugniß zur Vertragslösung wegen Verschuldung des anderen Theils — lediglich unter dem Gesichtspunkte eines ohne eigenen Schaden nicht geltend zu machenden, weil mit dem Verluste der Vertragsrechte für die Zukunft verbundenen Rechtsbefehls habe einräumen wollen". Vielmehr steht auch hier das vertragswidrige Verhalten des Arbeitgebers, soweit es zur Vertragsauflösung berechtigt und zu ihr führt, rechtlich einer schuldhaften Verhinderung des Angestellten an der Dienstleistung gleich und begründet deshalb nach den Sätzen des bürgerlichen Rechtes (§§ 858, 1256 B. G.-B.) Anspruch auf Ersatz der nach dem Vertrage dem Angestellten gebührenden Vermögensvortheile.

Die jetzt schwebende Streitfrage wird vom 1. Januar 1900 ab durch das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich durch dessen § 628 zu Gunsten der Arbeiter geregelt. Der § 628 besagt in seinem zweiten Absatz:

Wird die Kündigung durch vertragswidriges Verhalten des anderen Theiles veranlaßt, so ist dieser zum Ersatze des durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens verpflichtet.

* **Himmelserscheinungen im Monat April.** Venus stellt sich günstiger für die Beobachtung; sie ist Abendstern und wird am Anfange des Monats um 7½ Uhr Abends, gegen Ende erst um 9¼ Uhr Abends am Nordwesthimmel untergehen. Mars wird erst in den letzten Tagen des Monats für kurze Zeit am Osthimmel sichtbar werden. Jupiter, der sich im Sternbilde der Jungfrau befindet, ist noch während der ganzen Nacht zu beobachten. Auch Saturn stellt sich günstiger für die Beobachtung, da er am Anfange des Monats um Mitternacht, gegen Ende schon um 10 Uhr Abends am Südosthimmel aufgeht. Vollmond, Neumond findet statt am 6. und am 20. April.

* **Arbeitervertreter-Verein.** Der neu gegründete Arbeitervertreter-Verein, der von der Arbeiterschaft aufs Freudigste begrüßt wurde, hält am Mittwoch, den 6. April, Abends 8 Uhr, in den „Zwei Pollacken", Schmiedebrücke 44, eine Vereinsversammlung ab. Alle Vertreter der Alters- und Invaliden-, Unfall- und Kranken-Versicherung sind berechtigt, dem Verein beizutreten. Der Verein entfaltet seine Thätigkeit für solche Personen, die des Rathes und Beistandes bedürfen, seine Wirksamkeit erstreckt sich aber auch nach Möglichkeit auf dem Gebiete der socialen Gesetzgebung, um Aufklärung und Belehrung unter die Arbeiter zu bringen. Es ist wohl anzunehmen, daß sämmtliche Arbeitervertreter dem Verein als Mitglieder beitreten. (Siehe Annonce.)

* **Der Verband der Orts-, Betriebs- (Fabriken) Krankenkassen** hielt am 1. April in Heider's Brauerei seine General-Versammlung ab, in welcher 22 Kassen vertreten waren. Dem Verbande gehören jetzt 30 Krankenkassen an, welche im Jahre 1897 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 22,659 aufwiesen. Nach dem Krankenbericht sind 19 Kassenärzte im Verbande thätig. Aus dem Vorjahre wurden 292 Kranke übernommen, zu denen im Berichtsjahre 1897 15 168 Kranke hinzutraten. Am Schlusse des Jahres 1897 betrug der Krankenbestand 395. In 1214 Krankheitsfällen trat die Behandlung von Specialärzten ein. Nach dem Kassenbericht betrug die Gesammteinnahme 8285,10 Mk. Auf jeden der behandelnden Aerzte entfielen 382,30 Mk. Es wurde beschlossen, auch in diesem Jahre 1½ Pf. Verwaltungsgebühr pro Kopf und Vierteljahr zu erheben, ferner die Rendanten der einzelnen Kassen anzuhalten, drei Tage vor der Zahlungsconferenz die Zahlungsbescheinigungen einzureichen, sowie bei Zahlungen der Kassen an den Verband weder Coupons noch Geld in Rollen in Zahlung zu geben. Die Frage der Erhöhung des Honorars der Kassenärzte auf 1,50 Mk. rief eine längere Besprechung hervor, in der sich schließlich die Anwesenden in ihrer Mehrheit dahin schlüssig machten, für jeden Krankheitsfall 1,30 Mk. zu gewähren, die Honorirung der Nothfälle durch die einzelnen Kassen geschehen zu lassen, den Betrag von der zu vertheilenden Summe in Abzug zu bringen und denselben an die behandelnden Aerzte je nach der Dauer der Behandlung der einzelnen Patienten auszuzahlen. Die Anstellung eines Naturheilarztes als Kassenarzt des Verbandes wurde z. Z. abgelehnt.

* **Breslauer Gewerkschafts-Cartell.** In der Mitgliederversammlung, die Freitag, den 1. April, im kleinen Saale der Gebr. Rösler'schen Brauerei stattfand, fehlten folgende Delegirte: Steinmetz Rücke, Schuhmacher Bergander, Metallarbeiter Günther, Buchbinder Renkirch, die Maurer Krause und Hönsch, Steindrucker Schönbach, Klempner Kellner, die Bauarbeiter Lukas und Sperlig, Dachdecker Adam, Schneider Bieneck, Bäcker Mücke, Schleifer Herde und die Lederarbeiter Fiebig und Krämer. Die Delegirten verhandelten zunächst über einen Antrag der Textilarbeiter auf materielle Unterstützung. Sämmtliche Redner sprachen sich dahin aus, daß nur dann die Unterstützung zu gewähren ist, wenn auch der Vorstand des Centralverbandes der Textilarbeiter eine Unterstützung zusagt; das Cartell allein könne in der Sache nichts thun. Ferner verurtheilte man das Verhalten der Unternehmer, die es nicht einmal für nöthig erachteten, mit der Lohncommission über die bescheidenen Forderungen der Arbeiter — 18 Mark Wochenlohn (bisher 15 Mark), 10stündige Arbeitszeit, Abschaffung der Tagewerke — zu verhandeln. Vier Firmen haben bis jetzt den Lohn von 18 Mark bewilligt.

Der Schiffbauerstreik hat, nach dem hierauf erstatteten Bericht, keine Veränderung erfahren. Ausständig sind 60 Mann; davon sind 49 verheirathet, die zusammen 61 Kinder besitzen. Die Ledigen werden so bald wie möglich abreisen, ebenso Verheirathete. Die Unternehmer haben schwarze Listen angelegt und suchen Arbeitswillige von außerhalb heranzuziehen, bisher aber ohne Erfolg.

Die Berichterstattung des Beschwerdeführers beim Gewerbeinspector förderte nicht viel Neues zu Tage. Korkarbeiter Vogel machte seine bereits früher veröffentlichte Mittheilung, daß der Gewerbeinspector erklärt habe, von dem Beschwerdeführer des Gewerkschaftscartells keine Beschwerden über Mißstände in Fabriken annehmen zu dürfen. Der Vorstand des Vereins erhielt den Auftrag, sich in dieser Sache an die höhere Instanz zu wenden. Korkarbeiter Vogel wurde als Beschwerdeführer wiedergewählt.

Unter „Verschiedenes" stellte Hausdiener Dittfeld die Fragen, wie sich das Cartell zur Generalcommission verhält und welche Stellung es zur Local- und Central-Organisation einnimmt. Redner vertrat den Standpunkt der Centralorganisation. Da über diese Frage der vorgeschrittenen Zeit wegen nicht mehr eingehend verhandelt werden konnte, wird sich mit ihr die nächste Versammlung beschäftigen.

Außerdem wurden in Betreff der Localfrage die Delegirten Hamann, Neuberger und Warmus dem Vorstande zugewählt. Mehrere Redner tadelten die späte Berichterstattung in der Arbeiterpresse und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß dies nächstens nicht mehr vorkommt. (Insoweit sich dieser Tadel auf die „Volkswacht" bezieht, ist er durchaus unbegründet; die Delegirten des Gewerkschaftscartells haben überhaupt keine Ursache, sich über späte Berichterstattung der „Volkswacht" zu beklagen. D. R.)

Die Getränkekasse der Tapezierer hielt am 31. v. M. ihre statutenmäßige Generalversammlung ab. Im Jahresbericht 1897 sind an Einnahmen 6235.79 Mk., an Ausgaben 6163.81 Mk. verzeichnet; mithin verblieb ein Bestand von 71.98 Mk. Verausgabt wurden für ärztliche Behandlung 682.95 Mk., für Arznei und sonstige Heilmittel 752.27 Mk., für Krankengelder 1903.14 Mk., für Sterbegelder 384 Mk. und für Verpflegungskosten in Krankenhäusern 621.40 Mk. Die Kasse besaß am 1. Januar ein Vermögen von 3584.89 Mk. Die Zahl der Mitglieder beträgt 402. Im Weiteren nahm man zu den Schreiben der Aufsichtsbehörde Stellung, wonach zu dem gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds die Summe von 301.49 Mk. fehle. Die Anwesenden beschlossen, die Unterstützung von 26 auf 13 Wochen für unbestimmte Zeit zu vermindern, um dadurch den fehlenden Betrag zu gewinnen.

* **Wochenbericht des statistischen Amts der Stadt Breslau.** In der Berichtswoche vom 20 März bis 26. März fanden 50 Eheschließungen statt. — In der Vorwoche wurden 266 Kinder geboren. Davon waren 227 ehelich, 39 unehelich, 260 lebend geboren (121 männl., 139 weibl.), 6 todtgeboren (4 männl., 2 weibl.). Einschließlich der nachträglich Gemeldeten sind 188 Sterbefälle (94 männliche, 94 weibliche) in der Berichtswoche vorgekommen. Todesursachen: Scharlach —, Masern und Rötheln 3, Rose 1, Diphtherie 2, Croup 1, Wochenbettfieber —, Keuchhusten 1, Unterleibstyphus —, Ruhr —, Brechdurchfall 1, Magen- und Darmkatarrh 12, andere acute Darmkrankheiten —, acuter Gelenkrheumatismus —, andere Infectionskrankheiten —, Krebs 12, Gehirnschlag 3, Krämpfe 9, andere Krankheiten des Gehirns 15, Lungenschwindsucht 16, Lungen- und Luftröhren-Entzündung 39, andere acute Krankheiten der Athmungsorgane 4, andere Krankheiten der Athmungsorgane 7, Lebensschwäche und Atrophie der Kinder 14, alle übrigen Krankheiten 39, Verunglückung 1, Selbstmord 4, Unbekannt 4, Todtschlag —.

* **Zur Warnung.** In den letzten Tagen hat eine noch unermittelte Frau Kindern, die für ihre Eltern Einkäufe besorgen sollten, das hierzu bestimmte Geld abgeschwindelt. So wurde am 29. März, Abends auf der Herrenstraße ein neun Jahre altes Schulmädchen von ihr gebeten, in ein Haus zu gehen und bei einem dort wohnenden Schneidermeister einen Zettel abzugeben. Das Schulmädchen hatte ein Körbchen bei sich, in dem ein Portemonnaie mit zwei Mk. Inhalt lag. Ehe es in das Haus ging, nahm ihm die Fremde das Körbchen ab. Als es, ohne den Schneider gefunden zu haben, zurückkehrte, stand das Körbchen vor der Hausthür; mit dem Portemonnaie aber war die etwa 16 bis 18 Jahre alte Schwindlerin verschwunden.

* **Unglücksfälle.** Ein Knabe gerieth mit der linken Hand in eine Dreschmaschine, wobei ihm der kleine Finger zerquetscht wurde. — Ein Knecht, der einen Düngerwagen während der Fahrt bestieg, kam zu Fall und wurde überfahren, wobei er schwer verletzt wurde. Die Verunglückten fanden im Krankeninstitut der Barmherzigen Brüder Aufnahme. Daselbst suchte ein Gürtlerlehrling Hilfe nach, dem durch eine Drehbank der Mittelfinger der rechten Hand zerquetscht worden war.

* **Leichenfund.** Am 1. des Mts., Nachmittags wurde die Leiche des seit mehreren Wochen vermißten Maschinisten Schlosser in dem Hafen in der Nähe des Oderthorbahnhofes aufgefunden und demnächst in die Anatomie gebracht.

Glogau, 2. April. Eisenbahnunfall. Der gemischte Zug 3021 ist heute Abend bei der Einfahrt in den hiesigen Bahnhof entgleist. Ein Bremser, der erst gestern angestellt worden war, wurde getödtet. Der Materialschaden ist bedeutend. Der Unfall soll dadurch entstanden sein, daß der Weichensteller die für den einfahrenden Zug richtigstehende Weiche umstellte, um das Gleis für einen aus Richtung Sprottau erwarteten Güterzug fahrbar zu machen.

W. Oppeln, 3. April. Der hiesige Polenführer v. Karaszewski ist zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. In einem von ihm resp. vom Verlage der „Gazeta Opolska" herausgegebenen polnischen Kalender nationalpolnischer Tendenz wurde ein Märchen „Das schlesische Aschenbrödel" beanstandet. Das Gericht nahm an, daß durch dasselbe eine Verhetzung der Polen zu Gewaltthätigkeiten gegen Deutsche herbeigeführt resp. bezweckt wurde. Man wundert sich allgemein über die Höhe der Strafe, zum Theil auch über die Auffassung des Gerichtes. In derselben Sache wurde ein Zeuge wegen Zeugnißverweigerung zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt.

W. Oppeln, 3. April. Der „Katolik" hatte s. Z. angeblich auf den Rath eines ihm nahestehenden Geistlichen dem ihm befreundeten Theile des Klerus gerathen, ruhig die von Schirmeisen, Lukaszyk und Schmidt verfaßte Erklärung zu unterzeichnen, auch wenn sie mit ihr durchaus nicht einverstanden seien. Sie sollten sich dadurch den Unannehmlichkeiten entziehen, denen sie dann ausgesetzt wären, wenn sie nicht unterschrieben. Mit Recht wird dieser Rath jetzt in der „Gazeta Opolska" scharf getadelt. Der Tadler hat u. E. ganz recht und es zeigt sich hier wieder, daß ein Mann aus dem Volke — denn das ist jener Tadler — in Gesinnungsangelegenheiten strenger gegen sich selbst ist, als ein Geistlicher. Er scheint nicht zu wissen, daß sich gebildete Katholiken unter Umständen schon einige Unwahrheiten zu Schulden kommen lassen dürfen. Sie helfen sich mit zwei Fremdwörtern aus der Gewissensnoth, sie reden dann von der sogenannten reservatio mentalis, dem inneren Vorbehalt, d. h. sie denken sich

---

*) Der Arbeitsvertrag des Gewerbe- und Fabrikarbeiters von Rich. Lipinski. Selbstverlag, Leipzig, An der alten Elster 2. 3 Bogen Großoctav. Preis 30 Pf.

unter ihrer Aussage etwas Anderes, als sie wirklich besagt; in diesem Falle denken sie sich das Gegentheil dessen, was sie sagen und schreiben.

W. **Königshütte OS.**, 3. April. Gegen Dylong ist in der bekannten Photographieen und groben Unfugssache vom Strafsenat des Oberlandsgerichts in Breslau für den 5. April Verhandlung anberaumt.

W. **Königshütte**, 1. April. Endlich kann auch einmal Gutes von hier gemeldet werden, wenigstens etwas, aus dem unter günstigen Umständen etwas Gutes werden kann. Heute ist hier nämlich eine Volksbibliothek und -Lesehalle eröffnet worden. Sie ist in einem Raume des Rathhauses untergebracht worden. Vielversprechend ist ihr Anfang nicht, aber wer das hiesige Publikum und die hiesigen Verhältnisse kennt, wird den Begründern immerhin Dank wissen. Unter den Stadtverordneten gab es nicht wenige, die diese Neuerung bekämpften; einer von ihnen, der gar nichts von ihr wissen wollte, ist jetzt Stadtrath geworden! — Die Denkmalsfrage ist in den Hintergrund getreten. Das ist auch sehr richtig; hier reicht das Geld nicht zum Allernöthigsten. Ein Denkmal nähme sich eigenthümlich aus innerhalb unserer so kothigen und schmutzigen Stadt. Will man etwas Patriotisches haben, so baue man doch ein Wilhelmsbad. Unsere über 50,000 Einwohner zählende Stadt besitzt noch keine öffentliche Badeanstalt!

W. **Scharley**, 1. April. Heute früh legten 400 Arbeiter der Eisenhütte auf der Blei- und Bleierzgrube „Neue Helene" in Bizerowitz die Arbeit nieder, weil ihre Forderung nach der 8 stündigen, anstatt der 12 stündigen Arbeitszeit nicht erfüllt wurde. Der Betrieb ruht; es wurde bestimmt erwartet, daß auch die Nachtschichten die Arbeit niederlegen würde. Das ist, wie bereits gemeldet wurde, auch geschehen. Der Streik ist ein sog. wilder, die Arbeiter sind nicht organisirt. Hoffentlich gelingt es ihnen jedoch, wenigstens etwas für sich herauszuschlagen. Die Verwaltung wäre sehr wohl in der Lage, die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen. Als im vorigen Jahre die Bergleute in Nimka (Russ.-Polen) derselben Forderung wegen streikten, intervenirte sofort die Regierung, versprach den Arbeitern die Einführung der Achtstundenschicht und hat auch Wort gehalten. Wer wollte aber wohl so optimistisch sein, etwas Aehnliches in Preußen zu erwarten? Hier zeigt es sich wieder einmal, daß wir sogar noch von den Russen lernen können.

Als die Streiks des vorigen Jahres zu Ende gingen, haben wir es vorausgesagt, daß im nächsten Jahre das Streikfieber wieder ausbrechen wird, wenn die Verwaltungen sich nicht dazu verstehen wollen, einen Theil des Millionensegens dieser guten Zeit den Arbeitern zu Gute kommen zu lassen. Der Hauptbesitzer der „Neuen Helene" ist der Herzog von Pleß; auch die Grafen Henckel von Donnersmarck haben Antheile.

W. **Posen**, 30. März. Eine vom polnischen volksparteilichen Wahlcomitee auf Dienstag, den 29. cr., einberufene Wählerversammlung hatte sich mit der Reichstagscandidatur für den Wahlkreis Posen zu befassen. Nachdem der Vorsitzende, sowie einige andere Redner ihr Mißfallen mit der bisherigen parlamentarischen Vertretung des Kreises durch den Abg. v. Cegielski bekundet hatten, empfehlen dieselben als Candidaten den Herren Andrzejewski, indem sie glauben machten, derselbe, als ein Mann aus dem Volke, werde die eigentlichen Volksinteressen wirksamer vertreten. Hierauf kam wider Erwarten unser Genosse Wiese zum Wort. Derselbe, bei Beginn seiner Rede mit dem Rufen: „Raus!" „Wir brauchen keine Socialisten!" ꝛc. begrüßt, konnte sich indeß bald Gehör verschaffen und legte nun den Versammelten dar, daß auch sie die wirklichen Interessen des wirklichen Volkes nie und nimmer vertreten hätten und vertreten könnten. Das eigentliche Volk, die Arbeiter, hätten von der polnischen Volkspartei genau so viel zu erwarten, wie von der polnischen Hofpartei: das arbeitende Volk sei es, das immer noch am meisten geschröpft werde durch die indirecten Steuern, und der Magen des Arbeiters frage den Teufel danach, ob sein Besitzer polnisch oder deutsch, fromm oder nicht fromm sei. Die Interessen des Volkes, ob polnisch oder deutsch, würden einzig nur durch die Socialdemokratie vertreten und deshalb sei es die Pflicht der Arbeiter, mit aller Kraft für ihren Candidaten, Gen. Moramski, einzutreten, und wer es mit den „Interessen des Volkes" ehrlich meine, müsse dasselbe thun. (Beifall.) Der Vorsitzende wunderte hierauf, daß die polnische Volkspartei die Candidatur Moramskis nicht unterstützen könne, da derselbe ein zu ausgesprochener Socialdemokrat sei. Ein Antrag wurde angenommen, der Herrn Andrzejewski zum Reichstagscandidaten proclamirt; doch will, falls die Hofpartei einen geeigneteren Candidaten vorschlägt, die Volkspartei mit sich verhandeln lassen. (sic!) Ein weiterer Antrag, dem bisherigen Vertreter, Abg. Cegielski, für seine 14jährige „segensreiche" Thätigkeit den Dank der Versammlung zu übermitteln, wurde mit Hohngelächter zurückgewiesen. Auch ein Zeichen für die Stimmung der Wähler. Nunmehr hielt der Candidat, Herr Andrzejewski, seine Candidatenrede. Er sprach von Idealen und von allem Möglichen. Zum Schluß wußte nicht ein einziger der Anwesenden, was er eigentlich wolle. Nur die „Pos. Ztg." will herausgefunden haben, daß er sich als ein Freund des — Bimetallismus entpuppte. Wir gratuliren also der polnischen „Volkspartei". — Der ganze Streit ist nichts weiter als ein Gezänke; es wird eben nur ein wenig Stroh gedroschen. Auch die polnische Volkspartei wird mit ihren Idealen nichts dazu beitragen, die sociale Lage des Volkes, sowohl wie diejenige der Polen zu bessern. Uns, der Socialdemokratie kann es gleich sein, ob polnische Volks- oder Hofpartei. Bekämpfen läßt sich die eine so wenig wie die andere, und daher müssen sie beide bekämpft werden.

Vermischtes.

Emile Zolas Popularität hat, trotz der Hoffnungen der Generalstabsmeute, keineswegs gelitten. Im Gegentheil. Von seinem neuesten Roman Paris, der unmittelbar nach dem Prozeß erschien, sind bereits — binnen vier Wochen — hunderttausend Exemplare verkauft. Eine Anzahl, wie sie nach Angaben des Verlegers noch nie in einem so kurzen Zeitraume abgesetzt wurde. Ebenso hat der Absatz der übrigen Werke Zolas eher zugenommen. Anfänglich hatten die französischen Buchhändler, von patriotischer Angst gepackt, gegen 10,000 Exemplare abbestellt. Der Verlust wurde aber sofort durch die gesteigerte Nachfrage des Auslandes mehr als wettgemacht. Ferner haben die Verkäufer von Photographien niemals eine solche Nachfrage erlebt, wie nach der Photographie von Zola. Die zwei großen Photographie-Anstalten von Paris waren einige Wochen hindurch nicht im Stande, der Nachfrage zu genügen. In Paris wurden während des Prozesses täglich durchschnittlich etwa 1000 Photographieen von Zola verkauft. Deutschland kaufte 10,000, Rußland 5000, England, Italien und Belgien je 3000—4000 Photographien u. s. f. Nach Honolulu, der Hauptstadt der Sandwich-Inseln, wurden drei Photographieen verkauft. . . Am schmerzlichsten werden die französischen Chauvinisten die zunehmende Popularität Zolas in — Rußland empfinden.

Literatur.

Geschichte der Wiener Revolution 1848 von Dr. Maximilian Bach. In 30 reich illustrirten Heften à 12 Kreuzer. Verlag der Ersten Wiener Volksbuchhandlung (Ignaz Brand), Wien VI., Gumpendorferstraße 8.

Die Geschichte des großen Jahres 1848 in Oesterreich war bisher nicht geschrieben. Eine zusammenfassende Darstellung der damaligen Geschehnisse war ein schon seit Langem von Vielen empfundenes Bedürfniß. Nun, zur fünfzigjährigen Feier des glorreichen März, erscheint diese Geschichte der Wiener Revolution. Es ist kein bloßer Zufall, daß die bürgerliche Geschichtsschreibung in Oesterreich des Jahres 1848 kaum gedenkt, so daß die bürgerliche Revolution von 1848 erst in einem Socialdemokraten ihren Geschichtsschreiber findet. Auch das ist in gewissem Sinne nur ein Ausdruck dafür, daß das Proletariat die alten Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit höherer Begeisterung und reineren Händen vom Bürgerthume übernommen hat. An das Proletariat in erster Linie wendet sich auch diese Geschichte des Jahres 1848 in Oesterreich und es ist derselben die weiteste Verbreitung in Arbeiterkreisen zu wünschen.

Das Werk wird in 30 Heften vollständig vorliegen. Alle 14 Tage erscheint ein Heft zum Preise von 12 Kreuzern = 20 Pf. Der Text ist mit zahlreichen Portraits und historischen Bildern geschmückt. Alle Buchhandlungen und Colporteure nehmen Bestellungen an. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Neueste Nachrichten.

Zum spanisch-amerikanischen Conflict.

Die Kriegserklärung scheint unmittelbar bevorzustehen. Aus Madrid wird gemeldet: Die Minister hielten gestern Abend eine von 8 Uhr bis Mitternacht dauernde Berathung ab. Die Minister erklärten nach Schluß derselben, daß sie keine officiellen Nachrichten aus Washington besäßen, verhehlten jedoch ihre ungünstigen Eindrücke nicht. Der Arbeitsminister theilte mit, er besitze private Nachrichten, die den Ernst der Lage bestätigen. Der Kriegsminister Correa hat dem Ministerrathe einen umfassenden militärischen Organisationsplan unterbreitet. Einem Berichterstatter gegenüber äußerte der Minister des Innern Gasdeban, alles dränge zu der Annahme, daß der Krieg sich nähere. Man nimmt hier allgemein an, daß der Regierung das Ergebniß der Berathung des Ausschusses für das Auswärtige im Senate zu Washington bereits gekannt sei.

Weiter wird gemeldet: Von der Regierung aus Washington sind Depeschen eingelaufen, welche den Krieg als unvermeidlich ansehen. Amerika wird wahrscheinlich morgen der spanischen Regierung ein Ultimatum zu stellen.

Die spanische Regierung decretirt die Ausgabe von 225 Mill. Pesetas Schatzanweisungen zu Kriegszwecken und verfügte, daß sämmtliche Kriegsschiffe sich zur Fahrt nach Westindien bereit zu halten haben. Gleichzeitig leitete die Regierung Verhandlungen wegen Umwandlung einer großen Anzahl von Kauffahrteischiffen zu Kriegszwecken ein.

Aus Washington wird gemeldet, daß alle Verhandlungen mit Spanien abgebrochen seien und Präsident McKinley morgen die ganze cubanische Angelegenheit dem Congreß unterbreiten werde. — Gegenüber Journalisten gegenüber äußerte ein hoher spanischer Diplomat, Spanien sei bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit gegangen. Wenn Amerika Nes nicht anerkenne und zum Kriege drängt, dann habe Spanien nichts Anderes zu thun übrig, als alle Kräfte anzuspannen, um schließlich aus dem Kampfe hervorzugehen. In militärischen Kreisen Spaniens ist man übrigens trotzdem nicht der Meinung, daß im Kriegsfalle Amerika unbedingt Sieger bleiben müsse, denn es habe weder kriegstüchtige Soldaten noch eine Flotte, die der spanischen gewachsen wäre. — Das Gerücht vom Auslaufen der amerikanischen Flotte hat sich bisher nicht bestätigt.

Paris, 3. April. Emile Zola erhielt anläßlich der Aufhebung des Urtheils zahlreiche Depeschen. Zola erklärt, er sehe einem neuen Prozeß muthig entgegen; da es sich nicht um seine Person handelt, sondern um die Rehabilitirung von Dreyfus. Bezeichnend ist die Thatsache, daß die Zola feindliche Hetzpresse sich nicht scheut, den Kassationshof wegen der vorgestrigen Entscheidung in gemeinster Weise zu beschimpfen. „Libre Parole" und „Intransigeant" erklären rundweg, der Kassationshof sei vom Dreyfus-Syndikat bestochen. Rochefort nennt den israelitischen Präsidenten des Kassationshofes einen Talmudisten, indessen sind alle 13 Mitglieder des Kassationsrathes für die Annullirung gewesen.

Bezüglich der Cassation des Zolaprozesses glaubt man, daß das Kriegsgericht beschließen wird, Zola nicht nochmals zu verfolgen.

In Folge der Erklärungen des Ministerpräsidenten Méline verlautet in Kammerkreisen, der Generalprocurator Manau werde wegen der ehrenden Worte, welche er Scheurer-Kestner, Trarieux und Zola gewidmet habe, eine Maßregelung erfahren.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 2. April.

Eheschließungen. I. Güterbodenarbeiter Paul Folgner, ev., Nicolaistraße 59, mit Anna Schreiber, ev., zu Tschirnau. — Maurer Hermann Schipke, ev., Sandstraße 1, mit Emma Kahl, ev., zu Strehlitz. — Kretschmergehilfe Karl Seidel, ev., Probotschine, mit Auguste Hermann, An der Barbarakirche 2/3. — Kohlenhändler Arthur Krilla, ev., Schwertstraße 20, mit Gertrud Wicke, ev., Theresenstr. 3. — II. Maschinenarbeiter Gust. Müller, ev., Friedrichstraße 98, mit Ida Steiner, kathol., Schillerstraße 8. — Maurer Hermann Jäkel, ev., Vorwerksstraße 85, mit Anna Wolf, kath., ebenda. — Silberarbeiter Curt Galleiske, freireligiös, Louisenstr. 10, mit Olga Kowatsch, ev., Neue Tauentzienstr. 58.

Geburten. I. Arbeiter Josef Golsch, kath., T. — Schuhmacher Franz Grunwald, kath., T. — Schlosser Maximilian Rieger, kath., T. — Schlosser Stanislaus Technik, kath., S. — Schuhmacher Otto Schmidt, kath., S. — Schlosser Arthur Grand, ev., S. — Weichensteller Karl Pompe, kath., T. — Schlosser Paul Kalik, kath., S. — Arbeiter Oscar Beßler, kath., T. — Sattler Franz Kotulla, kath., T. — Fleischer Anton Kutzke, kath., S. — Schuhmacher Gottfried Beniner, ev., S. — Leder-Fabrikant Johann Hardt, ev., S. — Tischler Ignatz Großmann, kath., S. — II. Schuhmacher August Jurosch, kath., S. — Arbeiter Franz Seel, kath., T. — Zimmermann Paul Nickel, kath., T. — Kutscher Ernst Hartmann, ev., S. — Schlosser Paul Trusch, ev., T. — Haushälter Adolf Barwanitz, ev., S. — Lackirer Paul Korneck, kath., T. u. S. — Haushälter Paul Schiller, kath., S. — Invalide Joseph Tschuschke, kath., T. — Bahnhofsarbeiter Paul Wittwer, ev., S. — Maurer August Fiedler, kath., S. — Maurer Paul Bohn, kath., T. — Arbeiter Paul Kunze, ev., S. — Tischler Hermann Eckert, ev., S. — Kürschner Karl Puder, ev., S. — Postschaffner Hermann Bintig, ev., S. — Restaurateur August Rosemann, ev., S. — Vorschmied Stanislaus Sperling, kath., T. — Arbeiter Stanislaus Mierzwiak, kath., S. — Schlosser Josef Pawelke, kath., S. — Schuhmacher Gustav Spredowski, ev., T. — Städtischer Lehrer Rudolf Christian, kath., S. — Anstreicher Heinrich Kanzog, ev., T. — III. Oberkellner Wilhelm Scholz, ev., T. — Schmied Georg Springer, ev., T. —

Todesfälle. I. Frieda, Tochter des Zimmermanns Carl Wienstrz, 3 M. — Marie, T. des Kutschers Carl Schwarzer, 5 M. — Bahnwärterswittwe Hedwig Stelzer, geb. Ricke, 76 J. — Emma, T. des Kellners Carl Kügler, 9 Mon. — Arbeiter Carl Hobeisel, 30 J. — Ehem. Anstreicher Josef Wenzel, 70 J. — Ernst, S. des Arbeiters Josef Pawlyta, 6 T. — Hedwig, T. des Arbeiters Paul Thiel, 5 M. — Carl, S. des Fleischermeisters Josef Dobsch, 2 M. — Zimmermannsfrau Auguste Elsner, geb. Kucka, 27 J. — Metalldrücker Oscar Sternberg, 47 J. — Kürschner Maximilian Hampel, 71 J. — Rohrlegemeisterswittwe Emilie Schlaffke, geb. Gollack, 64 J. — Bankdiener Wilhelm Barnitzke, 61 J. — Curt, S. des Schlossers Adolf Eichler, 7 Mon. — Werkführersfrau Johanna Tierolf, geb. Karpe, 71 J. — Ludwig, S. des Tischlers Ignatz Großmann, 1 Stunde. — Conditor Johann Sommer, 37 J. — Arbeiterin Agnes Tietze, 37 J. — Sattler Otto Höbig, 47 J. — Arbeiter Carl Langer, 19 J. — Arbeiterin Flora Salomon, 36 J. — Früh. Promenadenwärter Julius Schelocke, 52 J. — II. Früh. Uhrmacher Ernst Günther, 76 J. — Arbeiter Wilhelm Madetzky, 69 J. — Hedwig, T. des Arbeiters Wilhelm Scholz, 2 Mon. —

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein: 60 Pf. Vaterlandslose Rotte.

Die Vertrauenspersonen.

Quittung.

Monat März.

3 zufällige Collegen im Monopol 3 Mk., Elger aus Strehlen zum Wahlfonds 1 Mk., durch Orgelsmann Schön vom Bockfest Gertrudenstraße 3 Mk., für den Wahlfonds 8 Maurer durch Schirdewahn 1.10 Mk., bei einer Hochzeit zum Wahlfonds gesammelt durch Gerissen Alter 2,10 Mk., zum 18. März Tschepiner Angelherberge 3. Rate 8 Mk., durch Genossen Schön aus Brigittenthal zum Wahlfonds 1 65 Mk., Wahlfonds K. in F. 1,50 Mk., Scatclub 2.15 Mk., G. Brüderstraße 1 Mk., C. W. 1 Mk., Redaction und Expedition 10 Mk., Summa 35,50 Mk.

G. May, Vertrauensmann.

Briefkasten.

Sch., Ohlau. Ludw. Schröder, Dortmund, Lützebrückstraße 5.

W. H., Rawitsch. Der Anfertiger muß den Besteller auf Abnahme des Anzuges verklagen.

Stadttheater.
Montag: „Hans Heiling".
Dienstag: „Johan von Paris".
Die Verlobung bei der Caserne.

Lobetheater.
Montag: „Natalie".
Dienstag: „Im weißen Rößl".

Volksvorstellung im Thalia-Theater.
Mittwoch:
Gruppe K. 2. Vorstellung:
„Das zweite Gesicht."
Gruppe L. 2. Vorstellung.
„Das zweite Gesicht."

Deutsche Friedensgesellschaft
Ortsgruppe Breslau.
Vortragsabend
Montag, den 4. April 1898,
Abends 8½ Uhr
im Ausflugsorte der Universität.
Deklamationen aus der Friedensliteratur. (Frl. Alling und Herr Beyer-Hammer vom hiesigen Stadttheater.) 3316
Zutritt unentgeltlich für Herren und Damen aller Stände.

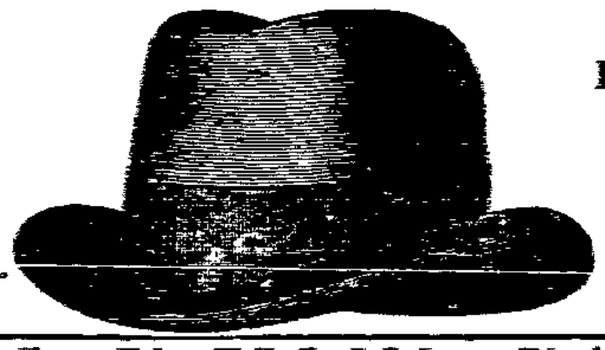
Achtung! Dachdecker!
Mittwoch, den 6. April 1898, Abends 7 Uhr:
Grosse Versammlung
in Eulich's Brauerei, Neumarkt Nr. 8.
Tages-Ordnung: 1. Bericht. 2. Discussion. 3. Bericht der Lohncommission. 4. Feststellung über die Wahl eines 2. Gewerkschafts-Delegirten. 5. Verschiedenes.
Collegen, wäre es nöthig nicht unsinnig, unseren traurigen Verhältnisse wegen alle, Mann für Mann, in dieser Versammlung zu erscheinen, da es nur einzig und allein an uns liegt, unsere Verhältnisse aufzubessern. Collegen, nur Einigkeit macht stark!
3315 Die Lohn-Commission.

Graf Posadowsky
und die
Coalitionsfreiheit
vor dem
Reichstag.
Verhandlungen des deutschen Reichstages über den Erlaß des Staatssekretärs vom 11ten Dezember 1897 gegen „angeblichen Mißbrauch der Coalitions-Freiheit".
Nach dem offiziellen, stenographischen Bericht.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition der „Volkswacht".

Vereins-Kalender.
Montag, den 4. April:
B. d. Schuhmacher. Jeden Montag Zusammenkunft, alle 14 Tage Mitglieder-Versammlung. Weinmeister Zuhl, Kleine Scheitnigerstraße 11.

Arbeitervertreter-Verein für Breslau und Umgegend.
Mittwoch, den 6. April, Abends 8 Uhr:
Vereins-Versammlung
in den „Zwei Pollacken", Schmiedebrücke 44.
Tages-Ordnung: Social-Gesetzgebung und Arbeiter-Vertretung. Aufnahme neuer Mitglieder.
NB. Zum Besuch berechtigt sind alle auf Grund des Alters- und Invaliden- sowie Unfallversicherungsgesetzes gewählten Vertreter und deren Stellvertreter, ferner Krankenkassen-Vorstände und Vertrauensleute der obengenannten Gesetze.
Zahlreicher Besuch erwünscht. Der Vorstand.

5 Pf. Tematra-Cigarren,
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand und Geschmack,
100 Stck. 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk., bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme:
Cigarren-Fabrik L. Lampke, vorm. A. Kirschner,
Fabrik und Hauptgeschäft 3281
Breslau, Ecke Plate 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Wallstraße 16, Ecke Schweidnitzerstraße, Hummerei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 4, Klosterstraße 77, Schmiedebrücke 47.

Die schönsten Herren-

Hüte
kauft man am billigsten
bei 3202
J. Schönfeld jr.
Schmiedebrücke 5
4. Haus vom Ringe rechts.

Da ich nur in dieser Zeitung annoncire, so offerire ich zu den
allerbilligsten Preisen
elegante Herren-Anzüge, Sommer-Paletots, Beinkleider, Burschen-Anzüge, Knaben-Anzüge
zu noch nie dagewesenen Preisen
Jeder Vorzeiger dieser Annonce erhält beim Einkauf 4% Rabatt.
Zum 3220
„Propheten"
Reuschestr. 38
am Königsplatz.

Verantwortlich für die politische Uebersicht: Julius Bruhns; für den übrigen Theil: Ernst Lehm; — Redaction und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oscar Schütz; Druck von Th. Schatz; — sämmtlich in Breslau. — Telephonist: Breslau